Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 8.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 12.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 120. Steinheim, Dienstag, den 8. November 1921. 28. Jahrgang.

Ministermord in Japan.

Der Ministerpräsident von einem Koreaner erstochen.

Nach einer amtlichen Meldung der amerikanischen Botschaft in Tokio ist auf den japanischen Premierminister Hara auf einem Bahnhof in Tokio ein Anschlag verübt worden.

Der Ministerpräsident stand im Begriff, nach Kiots abzureisen, als ein koreanischer Knabe, der in dem Wartesaal als Kellner beschäftigt war, plötzlich auf Hara zusprang und ihm mehrere Dolchstiche versetzte. Der Ministerpräsident ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Aus den vorliegenden Meldungen ist nicht zu ersehen, ob in der Innen- oder Außenpolitik die Motive für die Tat gesucht werden müssen, oder ob hier etwa ein persönlicher Racheakt vorliegt. Doch spricht viel dafür, daß es sich bei dem Anschlag, dem Hara zum Opfer fiel, um ein Attentat aus politischen Motiven handelt, das wohl mit der infolge der Wirtschaftskrisis in breiten Volksschichten herrschenden Erregung zusammenhängt.

Der Ministerpräsident Hara hat sein Amt jetzt gerade drei Jahre verwaltet. Er gehörte nicht zu den japanischen Politikern von Weltruf, galt aber für einen äußerst fähigen Staatsmann auf dem innerpolitischen und parlamentarischen Gebiet. Er ist 68 Jahre alt geworden.

Die Ermordung Haras kann unter Umständen bedeutende Rückwirkungen auf die japanische Politik der Rüstungen ausüben. Denn die japanische Rüstungspolitik wurde hauptsächlich von dem ermordeten Ministerpräsidenten vertreten. In japanischen Kreisen Amerikas glaubt man allerdings nicht, daß die Tat wesentliche politische Folgen haben oder womöglich eine Aenderung in der politischen Richtung Japans herbeiführen werde. Daher erwartet man auch, daß die Instruktionen der japanischen Delegierten für Washington unverändert bleiben werden.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 4. November.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst 46 kleine Anfragen, von denen einige schon mehrere Wochen alt sind.

Abg. Graf **Westarp** (Dntl.) legt mehrere Anfragen vor, in denen er Einspruch erhebt gegen das Verbot von Regimentsfeiern und von Vorträgen rechtsstehender Politiker. Er behauptet, daß in zahlreichen Fällen Gewalttaten gegen rechtsgerichtete Kreise begangen worden sind. Von der Regierung wird erwidert, daß die Landesregierungen das notwendige Material noch nicht eingereicht haben. Das Verbot eines Vortrages von Dr. Wildgrube in Dresden sei vom Reichsrat als berechtigt anerkannt worden, da eine Beunruhigung der Bevölkerung zu befürchten war. Anläßlich der Befreiung von Gefangenen in Hameln sind die Landesregierungen ersucht worden, derartigen Störungen entschieden entgegenzutreten. Nach einer Mitteilung der tschechoslowakischen Regierung ist die Behauptung, daß die deutschen Handelsangestellten in der Tschecho-Slowakei entlassen werden sollen, unrichtig.

Auf eine Anfrage des Abg. **Fries** (Komm.) wird mitgeteilt, daß dem Reichskanzler Fehrenbach auf Grund des Reichsbeamtengesetzes die Hälfte seines Gehalts als Pension bewilligt wurde. Auf Grund derselben Vorschrift erhielten Pension die Herren: v. Vaher, v. Krause, v. Brockdorff, Dr. Scholz. Sonst ist eine Pension nur bewilligt worden, wenn ein Minister oder Staatssekretär sein Amt mindestens zwei Jahre bekleidet oder sich mindestens zehn Jahre in beamteter Stellung befunden hat; Kommunaldienst wurde angerechnet. So beziehen Pension: Graf Posadowsky, Wallraf und Delbrück.

Die erste Lesung der Steuervorlagen.

Die Interpellation Müller-Franken (Soz.) über die Deutschen Werke wird in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Es folgt dann die erste Lesung der bisher dem Reichstage zugegangenen Steuervorlagen. Hierzu ergreift das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Hermes.

Der neue Finanzminister erklärt u. a. folgendes: Es ist betont worden, daß alles versucht werden müsse, durch die Tat zu beweisen, daß unsere ganze Leistungsfähigkeit in den Dienst der Erfüllung unserer Verpflichtungen gestellt werden soll. Diesem Gedanken suchen die vorliegenden Steuergesetzentwürfe Rechnung zu tragen. Bei ihrer Aufstellung wurde davon ausgegangen, daß jede Steuerquelle bis aufs äußerste ausgeschöpft werden muß, daß jedoch eine Ueberspannung der steuerlichen Belastung zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens führen und damit die Quelle, aus der die Einnahmen fließen sollen, versiegt werden würde.

Ich bin mir bewußt, daß diese Steuern die ungeheuerste Belastung darstellen, die je einem Volke zugemutet worden ist.

Gigantisch wie der Kampf, in dem das deutsche Volk mehr als vier Jahre fast der ganzen Welt gegenübergestanden hat, sind auch die Folgen für uns, die wir schließlich der Uebermacht erlegen sind. Ich habe aber die Zuversicht, daß die neuen Steuerlasten, die jetzt vom deutschen Volke verlangt werden müssen, von ihm getragen werden können, wenn alle Kräfte, die im deutschen Volke ruhen, vereinigt und zur höchsten Leistung angespannt werden. In dieser Beurteilung der Leistungsmöglichkeit glaube ich mit allen übereinzustimmen, die die Gesetzentwürfe bisher geprüft haben. Wertvolle Gedanken können vielleicht in späterer Zukunft einmal verwirklicht werden, gegenwärtig muß aber auf ihre Verfolgung verzichtet werden. Die neuen Einnahmen müssen möglichst rasch und ohne erhebliche Störungen des Wirtschaftslebens zum Fließen gebracht werden. Dazu aber ist der Zusammenhang mit der bisherigen Gesetzgebung notwendig, Experimente müssen vermieden werden.

Auf die Bedürfnisse der Länder und Gemeinden ist weitgehende Rücksicht genommen worden. Trotz wesentlicher Erhöhung der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer ist das Bataillonsverhältnis unverändert geblieben, sodaß sich wesentlich erhöhte Ueberweisungen ergeben haben. Der Not der kleinen Rentner ist Rechnung getragen worden. Der Mehrertrag der Steuern wird auf 40—42 Milliarden Mark veranschlagt, aber auch diese Summe reicht nicht aus, um unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und dem Ultimatum zu erfüllen. Die Ausgaben des ordentlichen Etats für 1921 belaufen sich auf rund 114 Milliarden Mark. An Einnahmen werden erwartet für 1921 etwa 44,2 Milliarden Mark. Es bleibt im ordentlichen Haushalt allein ein Fehlbetrag von 53 Milliarden Mark. (Hört, hört!) von den Mehrausgaben des außerordentlichen Etats entfallen allein 19 Milliarden auf die Reichseisenbahnen. **Der Zuschußbedarf des Reiches für 1921 beläuft sich insgesamt auf die gewaltige Summe von 110 Milliarden.** (Lebh. Hört, hört!) Der Mehrbedarf für die Beamten ist dabei noch nicht berücksichtigt. (Hört!) Der Minister gibt dann Einzelheiten des Haushaltsplanes bekannt, stellt aber gleichzeitig fest, daß selbstverständlich ein endgültiges Bild jetzt noch nicht möglich sei. Wie hoch die Summe, die infolge des Friedensvertrages zu leisten ist, sich belaufen wird, ist nur mit Vorbehalt zu schätzen. Es wird eine Goldleistung von 3,3 Milliarden Mark schätzungsweise angenommen. (Hört, hört.) Die Reichsregierung bittet um schleunigste Verabschiedung des Gesetzes. Ein wirklicher Ausweg aus unserer finanziellen Notlage wird sich erst finden, wenn sich bei unseren einstigen Gegnern der Gedanke durchsetzt, daß auf dem bisherigen die Liquidation des Weltkrieges nicht erfolgen kann.

Das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Aussprache über die Steuergesetzentwürfe.

Ein zweiter Völkerbund?

Regelmäßige Wiederkehr der Washingtoner Konferenz.

Auf Veranlassung des Präsidenten der Vereinigten Staaten tritt in den nächsten Tagen in Washington die sogenannte Abrüstungskonferenz zusammen, die sich, wie schon die Bezeichnung sagt, vornehmlich mit der Beschränkung der Rüstungsausgaben befassen soll. Daneben soll, weniger auf Betreiben der Amerikaner, als auf Wunsch der europäischen Ententestaaten, die Frage der alliierten Schulden an Amerika zur Sprache gebracht werden. Dadurch wird das Arbeitsfeld der Washingtoner Konferenz bedeutend erweitert, und die Konferenz selbst stellt sich gewissermaßen als eine Konkurrenz der Genfer Völkerbundsversammlung, als ein zweiter Völkerbund, dar, dem sämtliche Mitglieder des Versailler Völkerbundes und auch die Vereinigten Staaten angehören. Diese neue Form des Zusammenschlusses der Völker liegt offenbar ganz in der Absicht des Präsidenten Harding, der, wie die amerikanische Presse kürzlich berichtete, in einer „freiwilligen" Gesellschaft der Nationen die notwendige Ergänzung des Völkerbundes erblickt. Nach einer Meldung aus Neuyork soll Präsident Harding die Absicht haben, wenn die Washingtoner Konferenz Erfolg habe, sie regelmäßig zu berufen. Sie solle neben dem Völkerbund, dem die europäischen Angelegenheiten vorbehalten bleiben, als eine Organisation bestehen bleiben, die die großen Weltfragen behandelt.

Eines dieser wichtigen Probleme ist die Frage der alliierten Schulden, die — wie bereits oben erwähnt — von den europäischen Delegierten auf der Konferenz zur Sprache gebracht werden soll, und zwar zielt der Vorschlag der Alliierten auf einen gegenseitigen Erlaß der Kriegsschulden hinaus. Während man in Amerika bisher von einem Verzicht auf die europäischen Schulden nichts wissen wollte, hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, noch vor Zusammentritt der Konferenz in eine Prüfung der Frage einzutreten und eine Formel für die Regelung der alliierten Kriegsschulden zu finden.

Für Deutschland, das ja an der Konferenz nicht beteiligt ist, ist die Lösung der Schuldenfrage von größter Bedeutung. Erfolgt die Neuregelung im Sinne der Entente, so wären die Alliierten in der Lage, auch die deutschen Reparationsverpflichtungen, wenn nicht völlig aufzuheben, so doch wesentlich zu mildern. Eine Revision der Reparationspolitik wäre aber das einzig wirksame Mittel gegen die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise.

*

Japan verzichtet auf die Allianz mit England?

Der Vorsitzende der japanischen Delegation erklärte dem Berichterstatter des „Matin" in Washington, Japan habe nur den Gedanken, an der Konsolidierung des Friedens mitzuarbeiten und der Zivilisation zu dienen. In Japan gebe es eine öffentliche Meinung wie in Amerika, Frankreich und England. Sie verlange noch stärker als in diesen Ländern die Herabsetzung der Rüstungen. Die Delegation sei bereit, auf die Allianz mit England zu verzichten; die öffentliche Meinung in Japan sei darauf vorbereitet, seitdem einige britische Dominions es verlangt hätten.

Die ungarische Königsfrage.

Das Entthronungsgesetz ungenügend?

Die Fassung des ungarischen Entthronungsgesetzes ist von der Kleinen Entente beanstandet worden. Die tschechoslowakische Regierung hat der Botschafterkonferenz mitgeteilt, daß das Gesetz über die Thronentsetzung Karls und die Annullierung der Pragmatischen Sanktion die Kleine Entente nicht befriedige, da es die Möglichkeit einer späteren Rückberufung der Habsburger bestehen lasse.

Die Botschafterkonferenz hatte diese Bedenken für begründet und wird, wie die amtliche Havasagentur meldet, in Budapest eine weniger zweideutige Fassung des Gesetzes verlangen und darauf bestehen, daß die ungarische Nationalversammlung die Unwählbarkeit zum Thron für alle Mitglieder des Herrscherhauses Habsburg in bestimmter Form ausspreche. Der von dieser beschlossene Wortlaut proklamiere nur den Thronverlust des Exkönigs Karl, ohne diese Unwählbarkeit irgendwie zu erwähnen.

Bevorstehender Rücktritt der ungarischen Regierung.

Die ungarische Nationalversammlung hat inzwischen die Entthronungsvorlage eingehend behandelt. Ministerpräsident Graf Bethlen erhob bei dieser Gelegenheit namens der ungarischen Regierung und der ungarischen Nation feierliche Verwahrung gegen jede ausländische Einmischung. Graf Apponyi erklärte, daß die Entthronungsvorlage die Einrichtung des ungarischen Nationalkönigtums in ihren Grundlagen angreife. Dies widerstrebe dem Rechtsempfinden, und er müsse sich daher der weiteren Beratung entziehen. Graf Apponyi verließ hierauf mit zwölf Abgeordneten den Sitzungssaal. Nach Erledigung der Vorlage will die Regierung zurücktreten. Anläßlich der Entthronung des Königs Karl blieben am 5. November auf Anordnung der Regierung zum Zeichen nationaler Trauer alle Unterhaltungslokale geschlossen. In den Kirchen fanden Gottesdienste statt.

Eine Donaufahrt mit Hindernissen.

Das englische Kanonenboot, das Karl und Zita nach Galatz in Rumänien bringen sollte, ist unweit Belgrad gestrandet. Obwohl es mit Hilfe eines serbischen Schleppers gelang, den Monitor wieder flott zu machen, scheint es nach dem augenblicklichen Wasserstand unmöglich, daß das Schiff auf dem Donauwege das Schwarze Meer erreichen können wird. Es wird infolgedessen in Erwägung gezogen, das Königspaar auf dem Landwege nach Saloniki zu bringen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 7. November 1921.

— In Berlin ist ein Bureau des internationalen Arbeitsamtes unter der Leitung des früheren Reichsarbeitsministers Schlicke, der als Angestellter des Völkerbundes gilt, eingerichtet worden.

*

:: **Stegerwald über die Aufgabe der Zeit.** In einer Versammlung des Katholischen Frauenbundes sprach im Herrenhaus Ministerpräsident Stegerwald über das Thema: „Wege zur deutschen Volksgemeinschaft". Die Errichtung der Volksherrschaft, der Demokratie, habe das deutsche Volk nicht um einen Schritt weiter zu dem Ziel gebracht, ein Volk zu sein. „Die Folgen des jähen Untergangs vom Autoritäts- zum Demokratenstaat, die Folgen der Parteigläubigkeit und des Gruppenegoismus haben wir gesehen. Wir erleben sie am besten bei Kabinettsumbildungen. Es wird nicht in erster Linie nach Männern gefragt, die fähig sind, den Staat zu leiten, man verläßt sich auf papierne Programme und feilscht Tage und Nächte lang um diesen oder jenen Ausdruck. Man handelt um die Zahl der Ministersitze, die der eigenen Partei zufallen, und erst dann sieht man sich in den Reihen der Getreuen um, um sie nach irgendwelchen sachlichen oder unsachlichen Gesichtspunkten zu verteilen. So wird die wahre und echte Demokratie erschlagen. Ich verstehe unter Demokratie etwas anderes. Ich verstehe darunter, daß man einen tüchtigen Kerl zum Staatsleiter, wie überhaupt zum Leiter wählt, und daß man ihn, wenn er das in ihn gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigt, wieder zur rechten Zeit beseitigt. Tüchtige Menschen dürfen nicht mit kleinlichen Fesseln gebunden werden, sonst können sie sich nicht entwickeln und dem Volke nichts nützen."

:: **Der Arbeitsplan des Reichstages.** Der Aeltestenrat des Reichstages hat beschlossen, am Montag und Dienstag die Beratung der Steuervorlagen fortzuführen. Neben dem Plenum werden zwei Ausschüsse sich mit Steuergesetzen befassen. In Verbindung mit den Steuervorlagen werden Interpellationen über die Valutanot, über die Ententeforderungen auf Stillegung der Deutschen Werke und über das Verbot der Landung russischer Schiffe im Stettiner Hafen behandelt werden. Der Mittwoch bleibt sitzungsfrei. Auf der Tagesordnung der Donnerstags- und Freitagssitzung stehen Interpellationen über die Preissteigerung, die Kartoffelnot, Getreideschiebungen usw. Des demokratischen Parteitages wegen fällt die Sitzung am Sonnabend, den 12 und Montag, den 14. ds. Mts. aus.

Die Beisetzung Ludwigs III.

Die Trauerfeierlichkeiten in München.

Unter ungemein großer Beteiligung der Bevölkerung aus allen Teilen des Bayernlandes fand am Sonnabend die feierliche Beisetzung der Leichen des bayerischen Königspaares in München statt.

Die Leichen des ehemaligen Königs Ludwig und seiner Gemahlin Maria Theresia waren am Tag zuvor von Wildenwarth nach München überführt und in der Ludwigskirche aufgebahrt warden. Glockengeläute leitete den Trauertag ein. Um 8 Uhr morgens begann der Vorbeimarsch des Trauerzuges vor den beiden Särgen des Königspaares, die auf den Treppenstufen der Ludwigskirche aufgebahrt worden waren. Ueber 200 Vereine mit etwa 30 000 Personen und 40 000 Schulkinder wirkten an der Trauerfeier mit. Die Reichswehr im Stahlhelm mit aufgepflanztem Bajonett marschierte im Parademarsch an der Generalität, unter der auch General Ludendorff bemerkt wurde, vorüber. Als der Vorbeimarsch beendet war, trat der Bamberger Erzbischof v. Hauck vor die Särge, um sie auszusegnen.

Den Särgen folgten die Angehörigen des Hauses Wittelsbach, an der Spitze der frühere Kronprinz Rupprecht und der greise Prinz Leopold, sowie die fremden Fürstlichkeiten. Ihnen reihte sich der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Landtages an. Der Trauerzug brauchte nahezu drei Stunden bis zur Frauenkirche; die Straßen, die er berührte, waren von dichten Menschenmassen umsäumt. Die innere Stadt, die Kirchen und die Plätze, durch die der Zug sich bewegte, hatten Trauerschmuck angelegt.

An der Frauenkirche empfingen Kardinal v. Faulhaber und sämtliche Bischöfe und Aebte Bayerns die Särge und begleiteten sie nach dem Totenamt in die Gruft, wo das Königspaar zur letzten Ruhe beigesetzt wurde. Im gleichen Augenblick donnerten die Kanonen einer Ehrenbatterie den Königssalut über München hin.

Wieder einmal Kohlennot.

Von einem hervorragenden Kenner unserer Wirtschaftsverhältnisse gehen uns die folgenden bemerkenswerten Ausführungen zu:

Als die Bergarbeiter im Ruhrrevier im Frühjahr dieses Jahres das Ueberschichtenabkommen kündigten, erklärten die Führer, bei kürzerer Arbeitsdauer würde der Wirkungsgrad der Arbeit in einem solchen Maße zunehmen, daß der Ausfall in kurzem wettgemacht sein werde. Leider ist das Gegenteil eingetreten: die arbeitstägliche Förderung ist seit dem Fortfall der Ueberschichten im Februar um rund 40 000 Tonnen gesunken. Zu diesem erheblichen Ausfall ist der weitere getreten, den zehn Aufruhrwochen in Oberschlesien gebracht haben, und obwohl sich seitdem die dortige Förderung wieder dem normalen Stande genähert hat, haben wir nach dem Gewaltstreich in Genf in Zukunft natürlich nur noch mit einer geringeren Versorgung von Oberschlesien her zu rechnen. Schließlich hat die Trockenheit dieses Sommers und Herbstes, indem sie die Wasserwege nahezu ausschloß, die Transportschwierigkeiten für Kohle ungemein erhöht. Der Wagenmangel schafft von Tag zu Tag neue Hemmnisse, und so pocht das Gespenst der Kohlennot wieder vernehmlich an unsere Tore, das wir seit Jahresanfang ziemlich gebannt glaubten, so daß selbst der Reichskommissar einen Teil der Zwangsbestimmungen und die Lichtverordnung aufhob.

Am schlimmsten steht es mit der Versorgung der Licht- und Kraftwerke, besonders der Gasanstalten, für welche die im Winter unentbehrlichen Rücklagen nicht gemacht werden konnten, weil man sich schon im Sommer an die Vorräte halten mußte, die man eben anzusammeln begann. Der Hausbrand wird ebenfalls Not leiden, weil er von der Hand in den Mund leben muß. Wenn aber hier doch das Menschenmögliche geschehen muß, so bleibt um so bestimmter die Industrie im Rückstande, deren Arbeit für die Sachleistungen an die Feinde und für ihre Reparationsansprüche gar nicht entbehrt werden kann. Stockt, wie zu befürchten, unter der Kohlennot unsere Ausfuhr, so fallen alle Erfüllungspläne über den Haufen. Gerade die eigentlichen Wiederaufbauindustrien trifft die Kohlennot am schwersten. Die Kalkwerke, die Zement-Industrie klagen heftig über mangelhafte Belieferung mit Kohle, und damit fällt die Neubelebung der Bautätigkeit wieder in sich zusammen. Noch schlimmer aber steht es mit dem stärksten Kohlenverbraucher, der Eisenindustrie, deren seit dem Sommer sichtbarer Aufschwung durch die Kohlennot gelähmt und deren Ausfuhrmöglichkeiten unterbunden werden.

Nur eine stärkere Kohlenförderung könnte helfen, oder aber der Wegfall der Last, die uns das Abkommen von Spa auferlegt hat. Die Ablehnung der Ueberschichten, die Verkürzung der Arbeitszeit, hat uns allein im Ruhrbezirk seit 8 Monaten rund 8 Millionen Tonnen Kohle gekostet. Den Franzosen aber und Belgiern müssen wir heute noch 1,6 Millionen Tonnen monatlich liefern, obwohl bei ihnen ein Kohlenüberfluß herrscht, der ihren eigenen Bergbau zu Feierschichten, ja sogar zu Stillegungen zwingt. Erhebliche Kohlenvorräte lagern dort, vergeblich auf Abruf wartend, auf den Halden: wir aber müssen, dem feindlichen Machtgebot gehorsam, monatlich eine Menge nutzlos in das Ausland strömen sehen, die unsere Not lindern und unsere Arbeit befruchten könnte. Die Willkür der Feinde, die Prinzipienstarrheit der deutschen Bergleute zehren gleichermaßen an unserem Mark und lähmen unsere Arbeit. Es wird diesen Winter schlimm und schlimmer mit unserer Wirtschaft gehen. Von wem haben wir dann die rettende Einsicht zu erwarten: von dem Eigennutz der Feinde, sofern er stärker wäre als ihr Vernichtungswille, oder vielleicht doch von dem Gemeinsinn unserer deutschen Bergleute?

Volkswirtschaft.

* **Der Stand der Mark.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	5. 11.	4. 11.	1914	
100 holländische Gulden	8591	7992	167,—	M.
100 belgische Franken	1758	1648	80,—	„
100 dänische Kronen	4645	4320	112,—	„
100 schwedische Kronen	5754	5319	112,—	„
100 italienische Lire	989	939	80,—	„
1 englisches Pfund	981	914	20,—	„
1 Dollar	248	229	4,20	„
100 französische Franken	1828	1708	80,—	„
100 schweizerische Franken	4645	4320	80,—	„
100 tschechische Kronen	251	241	—,—	„

* **Der Kampf um die neue Besoldungsreform.** Der Regierungsvorschlag über die Neuregelung der Beamtengehälter hat bei den Beamten der sechs unteren Besoldungsgruppen große Entrüstung hervorgerufen. Der Geschäftsführende Ausschuß der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände, in der rund 250 000 Beamte der Besoldungsgruppen 1—6 zusammengefaßt sind, stellt in einer Entschließung fest, daß man an den maßgebenden Stellen kein Verständnis für die überaus traurige, ja trostlose wirtschaftliche Lage der Beamten in diesen Besoldungsgruppen hat. Nur vom ausgesprochensten Klassenstandpunkte aus seien Unterschiede im Grundgehalt, wie sie zwischen Klasse 1 mit 7500 bis 12 000 Mark und Gruppe 13 mit 53 000 bis 80 000 Mark in Aussicht genommen werden, zu verstehen. Würden sie Gesetz, so würde damit die Beamtenschaft der unteren Gruppen zur Aufnahme des schwersten Klassenkampfes gezwungen. Die Beamten der Besoldungsgruppen 1—6 erwarten daher vom Reichstag, daß er erhebliche Verbesserungen zugunsten der ärmsten und wirtschaftlich schwächsten Beamten an der Vorlage vornimmt, damit auch diese wenigstens nicht andauernd Not leiden müssen, und die neue Besoldungsordnung nicht einen entsprechenden Klassencharakter, sondern ein auch vom sozialen Standpunkt aus erträgliches Gepräge erhält. — Es ist bemerkenswert, daß die Soziale Arbeitsgemeinschaft sich in schärfster Weise gegen das Abkommen wendet, das von der Spitzenorganisation, dem Deutschen Beamtenbund, angenommen worden ist.

Festgefahren!

Die schleichende Regierungskrise, die seit den Landtagswahlen im Februar ds. Js. in Preußen herrscht, hat sich durch den Rücktritt Stegerwalds über Nacht in eine offene Krise verwandelt. Als Grund für diesen, infolge der Landtagsferien überraschend kommenden Entschluß der Staatsregierung wird das Mißlingen der Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition genannt.

Bekanntlich ist die preußische Regierungsfrage schon seit Monaten der Gegenstand wichtiger Beratungen. Schon vor der Wahl herrschte Einigkeit darüber, daß angesichts der bevorstehenden wichtigen politischen Aufgaben eine Verbreiterung der Regierungsgrundlage erfolgen müsse. Beim Zusammentritt des neuen Landtages zeigte jedoch die sozialdemokratische Fraktion keinerlei Neigung zu einem Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei und schaltete sich schließlich selbst aus der Regierung aus. Nach der Wahl Stegerwalds traten die Mehrheitssozialisten in scharfe Opposition zu der bürgerlichen Regierung, in die neben den Vertretern des Zentrums und der Demokraten mehrere „Fachminister" eingetreten waren. Die Bemühungen Stegerwalds, eine tragfähige Mehrheit für die Regierung zu schaffen, stießen zunächst auf großen Widerstand. Schließlich gelang es ihm aber doch, die widerstrebenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, und die Verhandlungen über die große Koalition waren im besten Gange, als der Verlauf der Krise im Reich neue Schwierigkeiten schuf. In den letzten Tagen verschärfte sich die Situation. Die sozialdemokratischen Führer kündigten nicht nur schärfste Opposition, sondern auch Obstruktion gegen das Kabinett und die parlamentarischen Verhandlungen an, wenn die Regierung nicht sofort umgebildet und der Mehrheitssozialdemokratie wichtige Stellen in der Regierung eingeräumt würden. Daraufhin haben die Demokraten die Abberufung ihrer Minister beschlossen und dadurch den Gesamtrücktritt des Kabinetts herbeigeführt.

Bezeichnenderweise ist der Kabinettswechsel in Preußen — ganz wie im Reichstag vor acht Tagen —

Liebe erweckt Liebe.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Fee barg ihr Gesicht eine Weile im Schoß der alten Frau. Es stürmte in ihr. Wie bitter unrecht hatte sie ihrem Mann mit ihrem Argwohn getan!

Nach einer Weile richtete sie sich auf und fragte mit bebender Stimme:

„Deshalb lebst du wohl auch nicht im Hause deines Sohnes? Deshalb wohnst du allein hier draußen?"

„Na ja doch, Feechen. In die feine Villa passe ich nicht, da würde ich mich kreuzunglücklich fühlen. Einmal hat mich der Hans mitgeschleppt, da mußte ich mir alles ansehen. Aber ich war froh, als ich wieder hier draußen war. Ich könnte ihm auch gar nichts nützen, von so einem Hauswesen verstehe ich doch nichts. Da hat er ja bisher seine Frau Haller gehabt, und nun bist du da. Ich wäre mir da selbst im Wege. Und dann — hier in dem Häuschen habe ich mit meinem Mann gelebt und bin eine glückliche junge Frau gewesen. Dort durch die Tür ist mein Mann das letzte Mal mit lachendem Gesicht von mir gegangen und hat mir zugerufen: „Heute abend auf Wiedersehen, Annchen!" Und durch dieselbe Tür haben sie ihn mir drei Stunden später tot hereingebracht — und haben ihn drei Tage später für immer hinausgetragen — auf den Friedhof. Das hält fest, Feechen, wenn man einen Mann so recht von Herzen lieb gehabt hat. Damals wohnten wir freilich zur Miete hier. Hans hat das Häuschen später für mich gekauft, als er ein reicher Mann geworden war, weil ich so gern hier bleiben wollte, bis an mein Ende. Und eine Menge Geld gibt er mir immer, damit ich nur ja recht gut und behaglich leben kann, weil ich in seinem Hause nicht sein mag. Er besucht mich so oft er kann, immer bringt er allerlei gute Sachen mit; Wein schickt er mir heraus, der mich kräftigen soll und Geld kriege ich von ihm, mehr als ich brauchen kann, trotzdem ich meine Armen noch unterstütze. Warte, Feechen — ich muß dir mal etwas zeigen."

Sie erhob sich und trat an die Kommode heran. Aus der obersten Schublade nahm sie ein Kästchen von Eisenblech. Das schloß sie umständlich und sorglich mit einem Schlüssel auf, der an einer schwarzen Schnur um ihren Hals hing. Und dann stellte sie die geöffnete Kasette auf Fees Schoß.

„Sieh dir mal das an, Töchterchen. In dem Kasten verwahre ich all das Geld, das Hans mir gibt und das ich nicht verbrauchen kann. Ich habe von Hans gelernt, daß Geld Zinsen bringt, wenn man Papiere dafür kauft, und habe mir von ihm sagen lassen, welche Papiere die allersichersten sind. Da habe ich nun lauter gute Papiere gekauft, wenn ich Geld zu viel hatte. Das sind nun schon dreißigtausend Mark. Ist das nicht eine hübsche Summe? Ich bin so froh darüber — denn siehst du, Feechen, ich hab' immer so eine schreckliche Angst, daß der Hans mal Unglück haben könnte in seinen Geschäften. Ich hab' mal von einem Millionär gelesen, der an einem Tage sein ganzes Vermögen verloren hat und sich dann totschießen mußte, weil er als Bettler nicht weiterleben konnte. Na, das soll meinem Hans nicht passieren. Er ist freilich auch schrecklich waghalsig, aber wenn er wirklich mal Unglück haben sollte, dann habe ich doch hier das Geld für ihn verwahrt. Und das Häuschen gehört ihm auch — da könnte er doch von neuem anfangen. Das ist mir ein großer Trost. Und wenn er es nicht braucht — nun, dann sollen es mal seine Kinder erben, wenn ich erleben darf, daß er welche hat. Hans weiß kein Sterbenswörtchen von diesem Schatz in meiner Kommode. Du mußt mir fest versprechen, ihm nichts davon zu sagen, sonst zankt er mich aus, daß ich das Geld nicht für mich verbraucht habe. Ich nehme und nehme immer von ihm, soviel er mir gibt, um es für ihn zu sparen. Aber wissen darf er das nicht."

Sie strich mit glänzenden Augen über ihren Schatz und Fee umarmte sie tief bewegt.

„O du gutes, treues Mutterherz, wie groß und reich bist du, daß du so viel Liebe geben kannst!" sagte sie leise. Dann fuhr sie fort: „Du brauchst dich wahrlich nicht um Hans zu sorgen, kannst unbesorgt ausgeben, was er dir gibt. Er hat mich in all seine Verhältnisse eingeweiht und du kannst mir glauben, daß er bei aller Kühnheit sehr vorsichtig ist. Er setzt niemals sein Vermögen auf eine Karte und läßt sich nicht auf unsichere Geschäfte ein. Dazu ist er zu klug und zu umsichtig."

Frau Ritter barg ihre Kassette wieder in der Kommode.

„Ja, ja, Feechen, das mag wohl sein. Aber es schadet auch dann nicht, wenn ich ihm das Geld verwahre. Nähme ich nicht, was er mir gibt, dann würde ich ihn kränken, und ausgeben kann ich unmöglich so eine Menge Geld. Ich lasse mir nichts abgehen und lebe so gut, wie ich es nur vertragen kann. Aber nutzlos ausgeben — nein, das kann ich nicht. Nur für meine Armen sorge ich gern. Und wenn mal ein Konfirmande eingekleidet werden muß oder es wird eine von den Frauen krank, oder es ist sonst Not am Mann, so springe ich ein. Da sehe ich auch nicht auf den Groschen, Feechen — da helfe ich ordentlich."

Fee atmete tief auf. Es sprach eine so schlichte Größe aus dem Wesen der alten Frau, daß sie sich selber sehr, sehr klein vorkam. Wie gedankenlos war sie bisher an dem Elend der Armen vorbeigegangen! Sie hatte wohl, als ihr Vater noch lebte, reichlich Almosen gegeben und hatte sich an Wohltätigkeitsveranstaltungen beteiligt, aber was war das alles im Vergleich zu der werktätigen Nächstenliebe der alten Frau?

„Ach, liebste Mutter, wenn ich dir nur sagen könnte, wie mir um's Herz ist, wie ich dich verehre und bewundere! Du brauchtest wirklich nicht in Sorge zu sein, daß auch nur ein Mensch spöttisch auf dich blickt. Laß mich diese Sorge von dir nehmen und komm zu uns, in deines Sohnes Haus. Wir wollen dich hegen und pflegen, du wärst doch immer bei uns. Und wenn du durchaus nicht in die große Gesellschaft kommen willst, so kannst du doch auch bei uns zurückgezogen leben. Du wärst doch aber immer bei deinem Hans."

Frau Ritter wischte hastig über die Augen. Dann nahm sie so recht zart und mütterlich Fees Gesicht in beide Hände und küßte sie auf die Stirn.

„Ja, du bist ein liebes, gutes Kind, ein goldenes Herz, du wirst meinen Hans glücklich machen, du wirst ihn auch von Herzen lieb gewinnen, wenn du ihn erst besser kennst," sagte sie tief bewegt.

Fee errötete und schlug die Augen nieder vor den forschenden, sorgenden Mutteraugen, die ihr bis tief ins Herz sehen wollten. Wußte die alte Frau, daß sie nicht aus Liebe Hans Gattin geworden war?

„Wirst du zu uns kommen, Mutter?" fragte Fee hastig.

Frau Ritter schüttelte heftig den Kopf.

„Nein, mein Töchterchen, jetzt erst recht nicht. Zwischen zwei jungen Leuten gehört kein alter Mensch. Das ist immer von Uebel, auch wenn es die beste, treueste Mutter wäre. Aber ich danke dir, daß du den Wunsch ausgesprochen hast. Das macht mich so froh — so froh — ich kann dir das gar nicht beschreiben. Laßt mich ruhig in meinem Häuschen. Nächstens heiratet die Tochter von meiner Wedlichen, dann nehme ich sie mir ganz ins Haus, denn sie will auch nicht bei den jungen Leuten bleiben. Dann habe ich immer jemand um mich, wenn ich mal nicht mehr rüstig bin. Die Wedlichen geht für mich durchs Feuer. Sie kriegt drüben ihr Stübchen und wir hausen friedlich hier zusammen. Wenn Ihr mich so ab und zu besucht, das sind meine Feiertage, auf die ich mich immer von neuem freue."

„Und davon gehst du nicht ab?"

„Nein, mein Töchterchen, da habe ich meinen Starrkopf, wie mein Hans. Wenn der sich etwas in den Kopf gesetzt hat, geht er auch nicht davon ab. Wenn ich davon abzubringen wäre, hätte mich der Hans schon davon abgebracht, denn er hat mir all die Jahre deswegen arg zugesetzt."

Fee sah sinnend vor sich hin. Eine seltsame, heiße Freude war in ihr, daß die Rätsel gelöst waren, daß ihr Gatte so rein und groß vor ihren Augen stand. — Wie unrecht hatte sie ihm getan mit ihren Zweifeln. Ach, sie hatte ihn überhaupt bisher nicht so gewürdigt, wie er es verdiente. Bei aller Güte, die er an sie selbst verschwendete, hatte sie immer nach egoistischen Beweggründen geforscht, hatte nicht glauben wollen, daß diese Güte ein Ausfluß seines Wesens war. Weil ein anderer ihr durch seine Niedrigkeit Wunden geschlagen hatte, war sie auch gegen ihren Mann mißtrauisch. Gab es denn bei einem Manne wirklich solche Selbstlosigkeit, wie er sie ihr erwiesen? Ach, da konnte sie ihm ja nie genug danken für alles, was er an ihr getan. Wie armselig stand sie vor ihm, wie klein! Was konnte sie ihm denn sein, wie ihm danken?

Sie wischte sich hastig über ihre Augen.

(Fortsetzung folgt).

nicht in offener Auseinandersetzung im Parlament herbeigeführt worden, sondern auf Grund von Führerbesprechungen, die den Landtag bei seinem Wiederzusammentritt am 3. November vor vollendete Tatsachen stellen. Die erste Aufgabe des Parlaments wird die Neuwahl des Ministerpräsidenten sein. Bis dahin führt verfassungsgemäß das bisherige Kabinett die Geschäfte weiter. Die Lage ist außerordentlich verworren, und man kann noch nicht klar sehen, auf welcher Grundlage eine neue Regierung zustandekommen würde.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, soll zunächst ein Uebergangskabinett der drei Parteien, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten gebildet werden. Dazu sollen zwei Beamtenminister treten, die später durch Mitglieder der Deutschen Volkspartei ersetzt werden sollen. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Deutsche Volkspartei überhaupt beabsichtigt, sich an einer Regierung in Preußen zu beteiligen, nachdem sie den Eintritt in die Reichsregierung abgelehnt hat. Eine Wiederkehr der alten Landesversammlungskoalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ist auch wenig wahrscheinlich, da diese Parteien nach den bevorstehenden Neuwahlen in dem deutsch verbliebenen Teile Oberschlesiens, dem bekanntlich die staatliche Autonomie versprochen worden ist, kaum noch eine tragfähige Mehrheit bilden können. Eine Zweiparteienregierung aus Sozialdemokraten und Zentrum wie im Reiche wäre ebenfalls keine Lösung der Ministerkrise. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Parteien sich voraussichtlich für die oben angedeutete Uebergangsregelung entschließen werden, in der Hoffnung, damit einen beträchtlichen Schritt auf dem Wege zur großen Koalition weiter zu kommen.

Nordfrankreichs Wiederaufbau.

Deutsche Arbeiter beim Aufbau der Sommedörfer.

Nach langer Weigerung haben sich die Franzosen nun doch endlich auf Drängen der Bevölkerung in den zerstörten Gebieten entschlossen, deutsche Arbeiter, wenn zuerst natürlich auch nur in geringem Umfange, zu den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich heranzuziehen. Eine Abordnung von Vertretern deutscher Arbeiterverbände und deutschen Sachverständigen aus Handel, Industrie und Landwirtschaft hat das Sommegebiet besichtigt und im Anschluß daran in Verbindung mit französischen Gewerkschaftsvertretern ein vorläufiges Abkommen ausgearbeitet, das den raschen Wiederaufbau von elf Dörfern an der Somme (Gegend von Chaulnes) durch 2500 deutsche Arbeiter und Techniker bezweckt. Der Wiederaufbau soll sich im Laufe des Jahres 1922 vollziehen. Die Abmachung geht von der Absicht aus, bei Durchführung der Arbeiten von dem Wiesbadener Abkommen im reichsten Maße Gebrauch zu machen. Für die technische Durchführung des Unternehmens soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, in der beide Teile gleichmäßig vertreten sein sollen. Die Kosten des Wiederaufbaus sollen ausschließlich auf Reparationskonto gehen.

Der französische Minister Loucheur hat die deutsche Abordnung empfangen und mit großem Interesse die Mitteilungen über das geplante Abkommen entgegengenommen; es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kommenden Montag die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Planes zu prüfen.

Wie der „Matin" ergänzend berichtet, werden die Arbeiten gemeinsam von der deutschen Organisation der Bauarbeiter und der entsprechenden französischen Organisation ausgeführt werden. Die Arbeiter werden, nach dem Beispiel der Gilden des Mittelalters, zu Gruppen zusammengeschlossen werden. Techniker und Arbeiter werden bei bestimmten Arbeiten eng zusammenwirken. Gewinne dürfen nicht erzielt werden. Es wird keinerlei andere Bezahlung als die der geleisteten Arbeit geben. Es handelt sich für die Franzosen darum, die gelieferten Erzeugnisse in Empfang zu nehmen und nach einem festgesetzten Programm zu arbeiten sowie späterhin eine gewisse Anzahl deutscher Arbeiter nach Frankreich kommen zu lassen.

Trostlos und trübe.

Der Reichstag steht gegenwärtig vor der wichtigsten steuerpolitischen Aufgabe, die ein Parlament je zu lösen hatte. Zweiundvierzig Milliarden neue Steuern! Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, und doch spiegelt sich darin noch nicht der volle Ernst der Lage. In Wirklichkeit ist es mit den deutschen Finanzen viel trostloser und trüber bestellt. Die Ausgaben des Reiches für die Beamtengehälter und für die zu erhöhenden Löhne sind derart gestiegen, daß der erwartete Ertrag der neuen Steuern von ihnen so gut wie völlig aufgezehrt wird, so daß für die Milliardenverpflichtungen, die sich aus dem Reparationsabkommen ergeben, keinerlei Deckung vorhanden ist.

Der Ernährungsminister Dr. Hermes hatte als einstweiliger Finanzminister im zweiten Kabinett Wirth die wenig dankbare Aufgabe, bei der Begründung der neuen fünfzehn Steuervorlagen dem Reichstag den furchtbaren Ernst unserer Finanzlage vor Augen zu führen. Die Regierung steht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß alles versucht werden müsse, durch die Erfüllung des Möglichen die Unerfüllbarkeit des ganzen Friedensvertrages der Welt zu beweisen. Bei der Aufstellung der neuen Steuergesetzentwürfe glaubte die Reichsregierung diesem Gedanken dadurch Rechnung tragen zu müssen, daß jede vorhandene Steuerquelle bis aufs äußerste ausgeschöpft werden müsse. So sollen durch den Ausbau der bestehenden Verbrauchs- und Besitzsteuergesetzgebung 42 Milliarden Mark neue Steuern aus dem deutschen Steuerzahler herausgepreßt werden. Doch so ungeheuer diese Steuerlasten sind, die jetzt dem deutschen Volke aufgebürdet werden sollen, der Ertrag dieser Steuern reicht nicht hin und her. Auf die Frage, ob denn diese nur durch höchste Belastung des Steuerzahlers aufzubringende Summe überhaupt ausreicht, um unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage und dem Ultimatum zu erfüllen, hatte der Minister ein glattes Nein. Am gleichen Tage, wo der Dollar an der Börse bis auf 240 in die Höhe schnellt und die Entwertung der Mark die katastrophalste Form annimmt, rechnet der Minister unter vorsichtiger Schätzung ein Anleihebedürfnis von 110 Milliarden für 1921 und von 126,9 Milliarden für 1922 heraus. Der größte Teil dieser Fehlbeträge ergibt sich aus dem Haushalt der Kontributionen (Leistungen an unsere ehemaligen Gegner), durch den ja überhaupt die ganze Finanz-Notlage des Reiches bestimmt wird. Können wir unter diesen Umständen je wieder zu einer Gesundung unserer Finanzen kommen?

Vom Ausland haben wir vorerst keine Hilfe zu erwarten, wenn dort auch einige wenige einsichtsvolle Männer im Interesse der Weltwirtschaft für eine Milderung der deutschen Reparationsverpflichtungen eintreten. Vorerst sind wir auf unsere eigene Kraft, auf Selbsthilfe, angewiesen. Und hier erhofft die Regierung eine wirksame Unterstützung von dem Ergebnis der Verhandlungen, die mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft wegen einer Kredithilfe eingeleitet worden sind. Doch auch wenn das Angebot der Industrie verwirklicht wird, was übrigens nach dem Raub Oberschlesiens in vielen Kreisen bezweifelt wird, kann es sich nur um eine vorübergehende Hilfe handeln. Ein wirksamer Ausweg aus unserer ungeheuren Finanznot wird sich erst dann finden, wenn sich bei unseren einstigen Gegnern die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß im Interesse ihrer eigenen Völker, die durch die Entscheidung über Oberschlesien wesentlich verschärfte Lage des deutschen Volkes durch eine vernünftige Anpassung seiner Verpflichtungen an seine Leistungsfähigkeit erträglich gestaltet werden muß.

Wachsende Teuerung.

Rapides Ansteigen der Reichsindexziffer.

Die rasch fortschreitende Entwertung der Mark hat in den letzten Wochen eine neue starke Verteuerung der Lebenshaltung zur Folge gehabt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrundeliegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf 1146 (gegenüber 1062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913-14 gleich 100 gesetzt.

Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 v. H., gegenüber Januar d. J. um 41,4 v. H., gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 v. H. Neben einer mäßigen Steigerung der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe und für die Wohnungsmiete haben in der Hauptsache erhöhte Aufwendungen für die Ernährung das Anwachsen der Indexziffer veranlaßt.

Die Indexziffer für die Ernährung allein ist im Oktober auf 1532 (gegenüber 1418 im September) gestiegen. Zu dieser Erhöhung trugen — teilweise recht beträchtliche — Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei. Nur der Brotpreis hat sich durchschnittlich nicht geändert, die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben nachgelassen. Dagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer geworden. Besonders groß sind die Preiserhöhungen für Hülsenfrüchte, Fette und Eier. Auch für Fleisch und Fische haben die Preise angezogen, während für Nährmittel die Preisbewegung nicht einheitlich gewesen ist.

Die Teuerungswelle hat leider damit ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Von Tag zu Tag wird die Mark geringer bewertet, so daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande in kurzer Zeit einfach unmöglich ist. Der Niedergang unseres Wirtschaftslebens ist infolge der sinnlosen Reparationspolitik unserer Gegner unaufhaltsam — —!

Gegen den Ausverkauf.

Die Maßnahmen der Reichsregierung.

Die Ausbeutung des Tiefstandes der deutschen Mark durch das Ausland zum Schaden der inländischen Bevölkerung hat allmählich, namentlich in den Grenzgebieten, derartige Formen angenommen, daß die Reichsregierung sich gezwungen sah, durch einschneidende Maßnahmen den drohenden Ausverkauf Deutschlands zu verhüten.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind die Landesfinanzämter angewiesen worden, die von ihnen für den Warenverkehr zwischen den Grenzbezirken gewährten Erleichterungen zurückzuziehen bezw. auf ihre Daseinsberechtigung unter den neuen Verhältnissen schleunigst zu revidieren.

Ferner hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen veranlaßt, daß seine Ermächtigung an die Zollstellen vom 29. April 1921, nach der eine größere Reihe von Waren allgemein ohne Ausfuhrbewilligungen zur Ausfuhr zugelassen war, für den kleinen Grenzverkehr außer Kraft tritt. Auch hat der Reichskommissar die Zurückziehung der den Ladengeschäften einiger Grenzstädte zur Benutzung im kleinen Grenzverkehr erteilten Sammelausfuhrbewilligungen angeordnet oder empfohlen, soweit dies zur Behebung der Mißstände notwendig sei. Schließlich hat der Reichswirtschaftsminister Ausfuhrverbote für Waren des 5. Abschnittes des Zolltarifes (Textilwaren) im kleinen Grenzverkehr für die Bezirke der Landesfinanzämter Karlsruhe (für die badisch-schweizerische Grenze), Würzburg, Köln, Düsseldorf, Münster und Hannover (für die westliche Reichsgrenze) und Altona (für die deutsch-dänische Grenze) erlassen.

Auf dem Gebiete der Ueberwachung der Warenausfuhr wird das Reichsfinanzministerium für sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung durch Heranziehung von Zollbeamten aus dem Innendienst unter Zuhilfenahme von geschulten Kräften des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr sorgen.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

*** **Steinheim**, 8. November.

— Ein orkanartiger Sturm, der die Erde in ihren Grundfesten erbeben ließ, herrschte in der Nacht von Sonntag zu Montag. Am Sonntag vormittag setzte bereits ein heftiger Wind ein, bald nach Mittag bedeckte sich der Himmel und ein Regenschauer folgte dem anderen. Am Montag morgen ging Schnee, untermischt mit Regen nieder; heute morgen ist wiederum Schnee und Regen die Signatur des Tages. Der Monat November scheint überhaupt mit Niederschlägen reich gesegnet zu sein, um das nachzuholen, was die Sommer- und Herbstmonate zu wenig aufwiesen, denn am Allerheiligenfeste regnete es bereits unaufhörlich.

*— **Sport.** Am vergangenen Sonntag konnte die erste Schülermannschaft, die in Blomberg zum Stiftungsfeste des Rasensportvereins weilte, zum ersten Male mit geschmücktem Hauptehrenkehren. Am Sonntag morgen um 8 Uhr ging es per Rad nach Blomberg, woselbst die Schülermannschaft, welche nur mit neun Mann antreten konnte, gegen die gleiche Schülermannschaft um 9 Uhr spielte. Gleich zu Anfang zeigte der Turnverein ein flottes Spiel und kann auch bald darauf das erste und auch Sieg bringende Tor für seine Farben buchen. (Halbzeit 1 : 0) 2 Minuten vor Schluß führt ein Durchbruch der Blomberger zum Ehrentor. (Schluß 1 : 1.) Der Schiedsrichter sprach dem Fähnrich und den neun Spielern des Turnvereins den Sieg zu und überreichte ihnen den wohlverdienten Kranz. Den kleinen und flinken Spielern ein „Ball Heil!"

*— **Nieheim**, 6. Novbr. Am Montag, den 31. Oktbr., erwies ein überaus großes Trauergefolge dem am 27. Oktober entschlafenen Kaufmann Karl Müller die letzte Ehre. Der Heimgegangene erfreute sich wegen seines vortrefflichen Charakters, seines hilfsbereiten Wesens, seiner tiefreligiösen Gesinnung allgemeiner Beliebtheit und Verehrung. Durch seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen diente er in uneigennütziger Weise dem allgemeinen Wohle jahrzehntelang als Mitglied des Magistrats. Die Molkereigenossenschaft verliert in dem Dahingeschiedenen ihren Direktor und Mitbegründer, der Vorschußverein seinen früheren langjährigen Direktor, die alte Schützengilde ihren ersten Obristen.

*— **Detmold**, 6. November. Vor einigen Tagen ereignete sich in der Nähe des Jagdschlosses Lopshorn ein Zusammenstoß zwischen einem Prinzen zur Lippe und dessen Erzieher und 4 Wilderern. Letztere trugen einen erlegten Hirsch. Als sie von den beiden angerufen wurden, griffen sie zu ihren Gewehren und schossen andauernd auf die beiden. Einer holte dann Hilfe von Lopshorn. Als diese dann ankam, waren die Wilderer verschwunden. Der Prinz war derartig beschossen, daß er, um nicht erschossen zu werden, sich platt auf die Erde drückte während neben und über ihm die Geschosse einschlugen.

Bottrop, 5. Nov. Zwei Jungen im Alter von 16 und 13 Jahren weilten dieser Tage in Höpingen. Auf einem Geschäftsgang überfiel der Aeltere den Jüngeren, raubte ihm die Brieftasche mit 200 Mark und versuchte ihn dann zu erwürgen. Den bewußtlosen Jungen verscharrte er darauf unter Laub in einem kleinen Walde, wo er einige Stunden später von einem Straßenarbeiter aufgefunden wurde. Der Junge gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, wo das Bewußtsein erst später wiederkehrte. Der jugendliche Täter konnte bis jetzt noch nicht festgenommen werden.

Die Goldkredite der Industrie.

— **Berlin**, 6. November. In der Plenarsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist der Antrag eingebracht worden, trotz der inzwischen eingetretenen einschneidenden Schmälerungen der deutschen Leistungsfähigkeit den Münchener Beschluß über die Kredithilfe aufrechtzuerhalten, unter der Voraussetzung, daß Reichsregierung und Reichstag den ernstlichen Willen betätigen, eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens durchzuführen und insbesondere die bei den Betriebsverwaltungen bestehenden Mißstände zu beseitigen und unter der weiteren Voraussetzung, daß die Reichsregierung gewillt ist, hierbei die begründeten und sachkundigen Ratschläge der Industrie nicht wie bisher zu mißachten.

Die Hilfsaktion für die Kleinrentner.

— **Berlin**, 6. November. Wie verlautet, werden die Arbeiten für die vom Reichskanzler Dr. Wirth erneut angekündigte Aktion weitergeführt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß diese Angelegenheit noch in dieser Reichstagssession zur Beratung und Verabschiedung kommen wird. Die Reichsregierung erstrebt nämlich, wenn irgend möglich, die Hilfsaktion noch vor Weihnachten praktisch in Angriff zu nehmen, um den Bedürftigen die Not des Winters zu erleichtern.

Nahezu 100 Milliarden Papiergeld.

— **Berlin**, 6. November. Nach dem letzten Reichsbankausweis weist der Umlauf des Papiergeldes eine neue unerfreuliche Steigerung auf. An Banknoten und Darlehnskassenscheinen sind nicht weniger als 98,8 Milliarden Mark Papiergeld im Umlauf, so daß die 100 Milliarden gerade gestreift werden. Für ein Zwanzigmarkstück zahlt die Reichsbank 720 Mark.

Der Mörder Haras geisteskrank?

— **London**, 6. November. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist der Mörder des japanischen Premierministers Hara ein junger Mann von 19 Jahren, der an Geisteszerrüttung leidet.

3 reinrassige, schwarze
Minorkas (1 Hahn und 2 Hennen)
hat abzugeben:
August Köller, Steinheim, Hospitalstraße.

Wegen Nachzucht gebe billig folgende Hunde in gute Hände ab:
1 Zweinhalb Jahre alte Drahthaar-Foxterrier-Hündin äußerst scharf auf jed. Raubzeug)
1 Zweinhalb Jahre alten Drahthaar-Foxterrier-Rüden (scharf auf Ratten)
2 Welpen (männl.) von obig. Hündin von erstklassigem, reinrassigem Vater
1 7 Monate alte Dobbermann-Hündin (sehr wachsam)
Klingemeier, Billerbeck.
— Fernruf Nr. 134. —

Echten Harzer- und Backstein-Käse
Schweizer- und Holländer-Käse
Tilsiter-, Sollinger-, Nieheimer-Käse
empfiehlt:
Heinr. Lühn, Steinheim.

Infolge der allgemeinen Teuerung wurden vom Berufsverein der Aerzte des Kreises Höxter die ärztlichen Gebühren erhöht, mit Gültigkeit ab 15. November.

Unsere Sprechstunden haben wir von jetzt ab, wie folgt, festgesetzt:

7—9 Uhr vorm. und 2—3½ Uhr nachm.

Sonnabend nachmittag **keine** Sprechstunde.

Sonntags 8—9 Uhr vormittags **nur** für dringende Fälle.

Dr. Kass. Dr. Schonlau. Dr. Schrader.

Bekanntmachung!

Die zur Errichtung eines Beamten-Wohnhauses auf dem Postgrundstücke zu Steinheim (Westf.) erforderlichen Bauarbeiten, veranschlagt zu 140000 Mark, sollen bei schlüsselfertiger Herstellung in einem Lose im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden. Frist für die Vertragserfüllung: 6 Monate nach Erteilung des Zuschlags.

Zeichnungen, Bedingungen für die Bewerbung usw., Vertragsbedingungen und Preisverzeichnis liegen bei der Bauabteilung der Ober-Postdirektion Minden (Westf.) zur Einsicht aus und können daselbst einschließlich der Zeichnungen zum Preise von 20 Mark bezogen werden.

Die Angebote sind unterschrieben und verschlossen mit der Aufschrift:

Angebot auf: ein Beamten-Wohnhaus in Steinheim (Westf.) an die Bauabteilung der Ober-Postdirektion Minden (Westf.)

frei einzusenden. Die Angebote werden in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter den 21. November 1921, mittags 11 Uhr, im Amtszimmer der Bauabteilung der Ober-Postdirektion in Minden (Westf.) geöffnet. Zuschlagsfrist: 14 Tage vom Tage der Eröffnung der Angebote ab gerechnet.

Falls keine der Angebote für annehmbar befunden wird, bleibt die Ablehnung sämtlicher Angebote vorbehalten.

Minden (Westf.), den 3. November 1921.

Ober-Postdirektion.

Folgender **Strafbescheid** wird veröffentlicht

Der Spediteur **Karl Pollmann** in Steinheim, Rochusstraße 101, wird wegen Versuchs der Umsatzsteuerhinterziehung zu einer Geldstrafe in Höhe von 2025.00 Mark (Zweitausendfünfundzwanzig Mark), an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 25 Mark eine Gefängnisstrafe von 1 Tage tritt, bestraft.

Die Kosten des Verfahrens werden dem Verurteilten auferlegt. Der Strafbescheid ist einmal auf Kosten des Verurteilten in der „Steinheimer Zeitung" bekannt zu machen.

Höxter, den 2. November 1921.

Das Finanzamt.
gez.: Fritsch, Regierungsrat.

Zuckerrüben

werden außer den bestellten wegen Platzmangel bis zum 12. November **nicht** mehr angenommen.

Krautfabrik Wedeking, Blomberg.

Wachstuche

allerbeste Ware, hübsche Muster, in allen Breiten und großer Auswahl bei:

C. Schrader jun., Steinheim.

Grosse Auktion

am Mittwoch vormittag 9 Uhr in der Gastwirtschaft Anton Dransfeld.

Anton Schacke.

Ferdinand von Kämpf
Deutsch amerikanischer
Homoöpath
für sämtliche Krankheiten.
Sprechstunden:
Jeden Freitag und Sonnabend
von 9—12, von 2—7 Uhr bei:
Gastwirt Breker, Steinheim.

Seit 1910 bis 1919 an Asthma

und chronischem Bronchialkatarrh leidend, hatte ich mehrere Bäder besucht, pneumatische Kammern u. Inhalations-Apparate ohne wesentlichen Erfolg gebraucht. Nun habe ich selbst ein Vorbeugungsmittel gefunden, das mir sofort geholfen hat. — Darum gebe ich jedem Leidensgefährten gegen Einsendung eines Couverts mit Freimarke und deutlicher Adresse eine Probe meines Mittels unentgeltlich.

Paul Breitkreuz, Berlin SO 33, Skalitzerstraße 54 I.



Die Kunst des Waschens

besteht nicht allein in der richtigen Behandlung der Wäsche, sondern vor allem in der richtigen Wahl der Waschmittel. Diese müssen ohne Schärfe sein, das Gewebe nicht angreifen, eine schöne fette Lauge geben, Schmutz, Staub usw. völlig lösen. Alle diese Vorzüge vereinigt in sich

PERSIL

das altbewährte und überaus beliebte selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung. Aber es leistet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften noch weit mehr, nämlich:

Es wäscht und bleicht gleichzeitig, verkürzt die Waschdauer, ermöglicht also

schnelles Waschen! Es erfordert keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw., daher . . ***sparen Sie Geld!***

Während Sie Ihr Essen bereiten oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze zum Waschen ausnützen, also . . . . . .

keine Extrafeuerung! Dadurch und weil nur einmaliges viertelstündiges Kochen nötig . . . ***sparen Sie Kohlen!***

Während Sie Ihrer Arbeit nachgehen, verrichtet Persil das Waschen für Sie vollständig selbsttätig, ohne Waschbrett oder Maschine, daher

keine Arbeitsbehinderung! Denn es wäscht ganz von selbst, völlig mühelos ohne Reiben und Bürsten, daher . . . . ***sparen Sie Arbeit!***

Persil erspart die Rasenbleiche, gibt einen frischen, duftenden Geruch und macht, mag sie noch so schmutzig sein . . . . . .

blendendweiße Wäsche! Es löst Schmutz und Staub völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und greift das Gewebe nicht an, daher . . . . . ***schonen Sie die Wäsche!***

Alle diese Vorteile erlangen Sie durch Gebrauch von Persil. Es ist jetzt wieder in Friedens-Qualität überall zu haben und nicht nur das beste, sondern vor allem

das allein richtige Waschmittel!

Nur in Original-Packung, niemals lose!



Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannten „HENKO" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

„Meine Frau war über 50 Jahre mit einer häßlichen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausende wert. E. B." Dazu **Zuckooh-Creme** (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich

Prächtiges Haar
erzeugt Dr. Buflebs Birkenwasser. Zu haben bei:
Herm. Eichler, Markt-Drogerie.



Ferkelbesitzer, die
Sau-Ferkeln
zu kastrieren haben, wollen sich umgehend bei mir melden.
Conrad Blückebaum
— Höxtertor —

Sonntag Nacht ein
Herren-Hut
infolge des Sturmes verloren. Wiederbringer erhält Belohnung in der Geschäftsstelle dss. Bl.

Statt Karten!

Für die uns anlässlich unserer **Vermählung** und **Verlobung** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit allen, besonders dem evang.-gemischten Chor, unseren

Herzlichsten Dank!

Steinheim, im November 1921.

A. Hilkemann und Frau
geb. Müller.

A. Wengenrot
F. Müller.

Im Auftrage der Wirtschaftsgemeinschaft Oberweser Rinteln verkaufe ich aus deren Restbeständen, solange der Vorat reicht:

Ia neue Brustblätter, Stück	160	Mk.
Lederhalfter, große	65	„
Sattelkissen	60	„
Genickriemen	35	„
Handtrensen (Leder)	30	„
Satteltrensen (Leder)	25	„
Hinterzeuge	35	„
Wassertrensen (Gurt)	12	„
Fahrerpeitschen	15	„

sowie verschiedene andere Sachen

Verkauf von morgens 8—6 Uhr nachm. nur gegen Bezahlung aus Lager.

Rich. Büchter, Steinheim.
Fernsprecher 45.

Deutsch. Holzarbeiterverband

(Zahlstelle Steinheim.)

Mittwoch Abend um 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Sitzung

im Saale des Herrn Gastwirt Schäfer (Wiethaup.)

Die Vertrauensmänner eines jeden Betriebes müssen unbedingt erscheinen.

Der Vorsitzende.

Aus Stadt und Land.

** **Seemannstod.** Die Lübecker Galeasse „Sirius" geriet auf der Fahrt von Björneborg nach Dänemark in den Schären des Bottnischen Meerbusens auf Grund. Der Sturm brach nachts beide Mastbäume und schleuderte mit dem vorderen Mast einen Mann der Besatzung in die See. Er ist ertrunken. Der Kapitän und drei Mann konnten, als das Wetter frühmorgens stiller geworden war, gerettet werden.

** **Hochwassergefahr in Bayern.** Im ganzen Gebiet der südbayerischen Alpen droht infolge der überraschend gekommenen warmen Witterung und der dadurch verursachten neuen Schneeschmelze Hochwasser. Die Gewässer, die an verschiedenen Stellen bereits Hochwasserstand erreicht haben, steigen ohne Unterbrechung.

** **An die Wohnungssuchenden** richtet der amtliche Preußische Pressedienst folgende Mahnung: Immer wieder werden von Wohnungssuchenden an das Ministerium für Volkswohlfahrt Gesuche um Nachweisung einer Wohnung gerichtet. Das Ministerium weist darauf hin, daß es nicht in der Lage ist, diesen Gesuchen zu entsprechen, da der Nachweis von Wohnungen nicht zu seinen Zuständigkeiten gehört. Den Antragstellern ist daher zu empfehlen, um ihnen unnötige Schreibarbeit und Portokosten zu ersparen, sich unmittelbar an die zuständigen Stellen zu wenden, nämlich an die **gemeindlichen Wohnungsämter.**

** **Ein grausamer Racheakt** hat sich in Toulouse (Südfrankreich) abgespielt. Eine dortige Krankenpflegerin erhielt aus einem benachbarten Ort eine versichertes Päckchen. Der Inhalt bestand in Schokoladenbonbons und einer gelblichen Frucht. Ein Stückchen davon bot die Beschenkte auch einer Kollegin an. Kaum hatten die beiden Frauen einen Bissen genossen, sanken sie laut aufschreiend tot zu Boden. Wie die Untersuchung ergeben hat, enthielten die Bonbons Strychnin. Das Verbrechen soll von einem Mann als Racheakt verübt worden sein.

** **Verheerender Dorfbrand.** In Dingelstaedt am Hug entstand an mehreren Stellen Feuer. Die Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen von insgesamt acht Personen wurden teils zerstört, teils beschädigt. Vieh und Kleinvieh kam dabei um. Der Sachschaden ist groß. In Bernterode brannte das Gehöft eines Kleinbauern nieder. Ein sechsjähriger Knabe kam in den Flammen um.

** **Stuhlbeine als politische Ueberzeugungsmittel.** Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, kam es in einer Versammlung der Nationalistischen Parteien im Hofbräuhaus zu großen Tumultszenen, wobei mit Stühlen zugeschlagen und mehrere Schüsse abgefeuert wurden. Etwa 20 bis 30 Personen erlitten Verletzungen. Der Saal mußte schließlich von der Polizei geräumt werden.

** **Riesenbrand im Neuyorker Hafen.** In Hoboken wurden mehrere Piers, der Pier der Standard Oil Company und das Erie-Mehllagerhaus durch Großfeuer zerstört. Zwei beladene Eisenbahnzüge fielen dem Feuer ebenfalls zum Opfer. Die bis jetzt festgestellten Verluste werden auf über drei Millionen Dollar geschätzt.

Kleine Nachrichten.

* Für den gesamten Frankfurter Stadtbezirk wird die Polizei ein allgemeines Verbot aller karnevalistischen Veranstaltungen in der kommenden winterlichen Vergnügungszeit erlassen.